

# „Bürger tragen Hauptlast“

## Zum heftig diskutierten Thema Straßenausbau-Beiträge

Das Thüringer Innenministerium plant eine gesetzliche Neuregelung der Straßenausbaubeiträge. Dies ist seit Jahren überfällig. Wenn man die Kommentare aus CDU und SPD vernimmt, muss man wieder das Schlimmste befürchten, nämlich dass die Bürger wie schon bei den Abwasserbeiträgen die Hauptlast tragen müssen.

Diesmal sind nicht allein die Hausbesitzer die Leidtragenden, zirka 16 000 von denen sind übrigens in Thüringen Hartz-IV-Empfänger, sondern alle Bürger, denn Straßenausbaubeiträge können auf die Mieter umgelegt werden.

Diese Beiträge werden innerhalb der EU nur in der Bundesrepublik erhoben, einige Bundesländer erheben aber keine. In Sachsen bleibt es den Ge-

meinden überlassen, ob und in welcher Höhe sie welche erheben. Straßenausbau gehört zur Daseinsfürsorge für die Bürger und muss steuerfinanziert werden. Die Linke hatte im Landtag Finanzierungsvorschläge gemacht, die bisher am Widerstand der CDU scheiterten.

Ganz anders sieht das die SPD. So hält die Landtagsabgeordnete Frau Mühlbauer den Kritikern vor, sie wollten dafür

Schwimmbäder und Kindertagesstätten schließen, Bildungsangebote zurückfahren und bei der Kultur kürzen.

Hier wird mit nicht zutreffenden Vergleichen eine sachliche Diskussion verhindert. Noch bei der Demonstration der Bürgerinitiativen für sozialgerechte Kommunalabgaben im Sommer 2009 hatte Frau Mühlbauer für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge plädiert.

Aber das war ja vor der Landtagswahl. Bisher haben Thüringer Bürger 600 Millionen Euro für den Straßenausbau gezahlt.

Beiträge können rückwirkend bis 1991 erhoben werden. In den nächsten zehn Jahren drohen noch Beitragsbelastungen bis zu einer Milliarde Euro. Die Linke und wir, die Bürgerinitiativen, fordern zumindest den Einstieg in den Ausstieg.

Günter Rittermann, Arnstadt